Konzept als Grundlage für den Erlass der

Sperrgebietsverordnung

Öffentliche Informationsveranstaltung am 08.04.2025

Fachbereich Stadtplanung

Lörrach

Sperrgebietsverordnung – bisherige Regelung

Bisher galt für Lörrach die 1970 vom Regierungspräsidium Freiburg erlassene Sperrgebietsverordnung: komplettes Verbot von Prostitution

Unter 35.000 EW ist Prostitution verboten

Über 35.000 - 50.000 EW entscheidet RP über die Zulässigkeit der Prostitution

Sperrgebietsverordnung für Lörrach 1970
Verbot von Prostitution

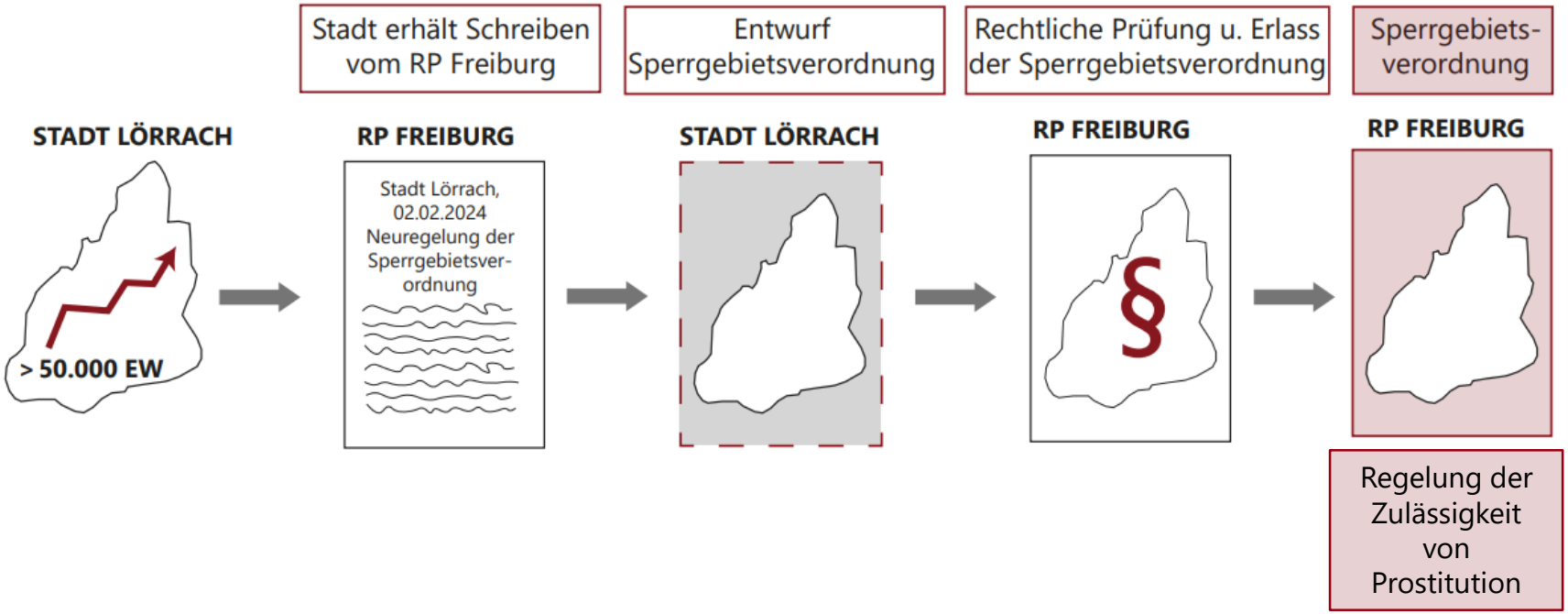
Sperrgebietsverordnung von 1970 muss überarbeitet werden

Lörrach

Sperrgebietsverordnung – Anlass und Verfahren

Warum muss durch das Regierungspräsidium Freiburg für Lörrach eine neue Sperrgebietsverordnung erlassen werden?

Ab 50.000 Einwohner ist ein kompletter Ausschluss von Prostitution nicht mehr möglich!



Lörrach

Sperrgebietsverordnung – Rechtliche Rahmenbedingungen

Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch (EGStBG) Art. 297 - Verbot von Prostitution: Die Landesregierung kann zum Schutz der Jugend und des öffentlichen Anstands durch Rechtsverordnung verbieten der Prostitution nachzugehen. In Städten über 50.000 Einwohner gilt dies nur für Teile des Gemeindegebietes (Ermächtigung zum Erlass einer Sperrgebietsverordnung).

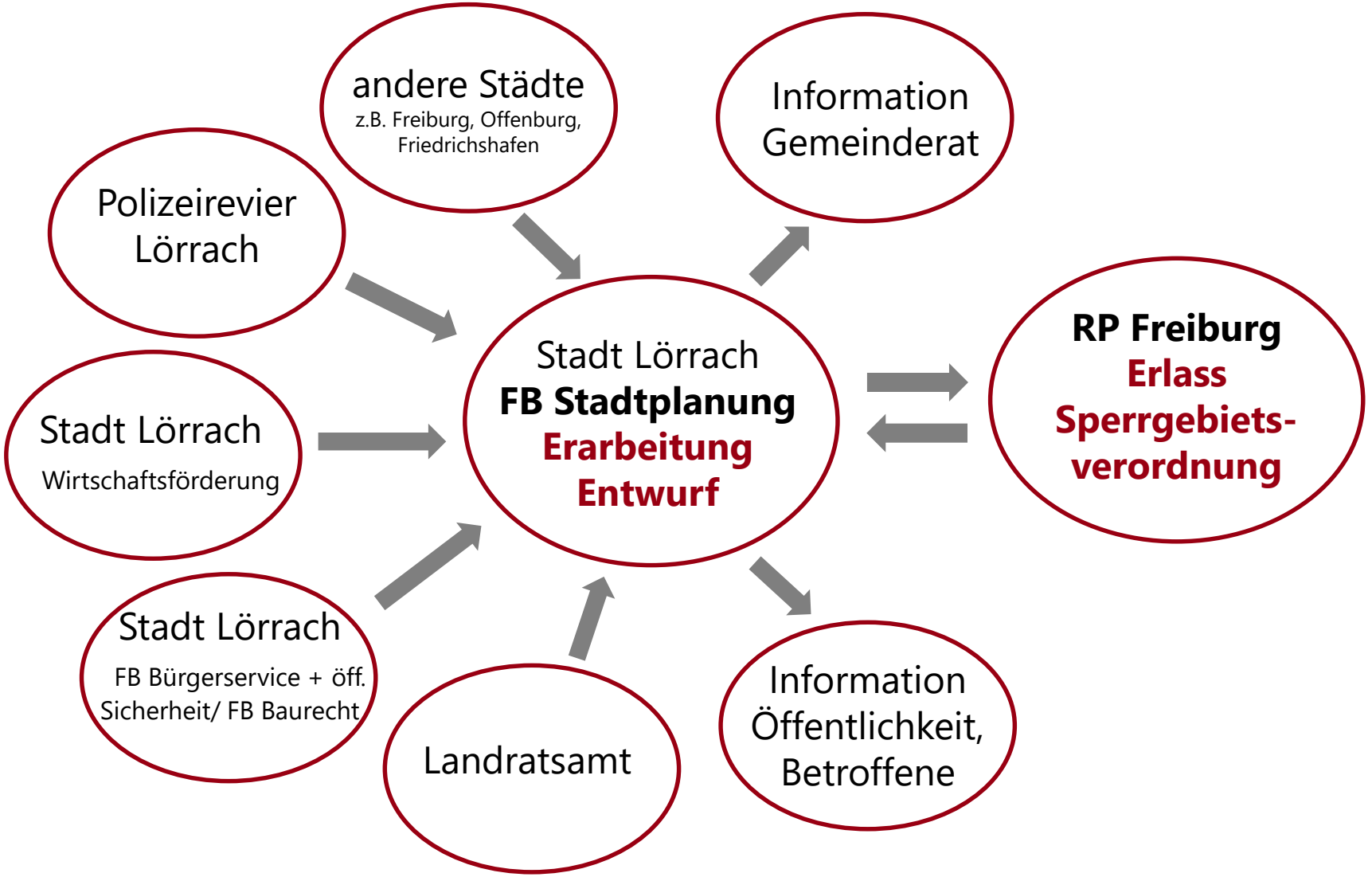
Besonders zu beachten aus der Blickrichtung des Jugendschutzes sind Gebiete um Kindergärten, Jugendeinrichtungen, Schulen und Kirchen (sensible Einrichtungen).

Die Stadt hat die Möglichkeit mittels **Bauleitplanung und Bauordnungsrecht** Prostitution zu steuern.

Im Januar 2002 ist das **Prostitutionsgesetz** zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten in Kraft getreten.

Im Juli 2017 ist das **Prostituiertenschutzgesetz** in Kraft getreten, das vor Menschenhandel, Ausbeutung und Zwang schützen soll und die Situation derjenigen verbessern soll, die in der Prostitution tätig sind. Damit verbunden ist eine Anmeldepflicht für Prostituierte, eine Erlaubnispflicht für das Prostitutionsgewerbe und die Pflicht zur Führung einer Bundesstatistik.

Sperrgebietsverordnung – Akteure/ Verfahren



Lörrach

Sperrgebietsverordnung – Rahmenbedingungen in Lörrach

Rahmenbedingungen

- Siedlungsstruktur – beengte Lage im Wiesental, hohe Nutzungsdichte, hohes Konfliktpotenzial
- Grenzlage zur Schweiz und Frankreich
  - in Frankreich ist Prostitution verboten
  - in der Schweiz höhere Kosten

Empfehlung der Polizei Lörrach

- besonderer Regelungsbedarf (besonderes Gefährdungspotenzial auf Grund der Grenzlage)
- restriktive Vorgehensweise

Aufgrund der Lage besteht ein besonderes Gefährdungspotenzial und damit eine erhöhte Schutzwürdigkeit

Lörrach

Sperrgebietsverordnung – Steuerungsmöglichkeiten

Was kann mit der neuen Sperrgebietsverordnung geregelt werden?

Regelungen der Zulässigkeit der <u>Arten</u> von Prostitution

- Bordelle und bordellartige Einrichtungen
- Terminwohnungen
- Wohnungsprostitution
- Straßenprostitution

Regelungen zur <u>räumlichen Zulässigkeit</u> von Prostitution

- Ausweisung von Toleranzzonen für bestimmte Arten von Prostitution
- Komplettausschluss für bestimmte Arten von Prostitution

Lörrach

Sperrgebietsverordnung – Straßenprostitution

Regel

Gesamtstädtischer Ausschluss von Straßenprostitution in Lörrach

Begründung

- Stadtgröße – nur knapp über 50.000 Einwohner
- Lage im Dreiländereck – unmittelbare Nähe zu Frankreich und Schweiz stellt nach Einschätzung der Polizei Lörrach eine besondere Gefährdungslage dar
- Topographie – beengte Lage im Wiesental/ hohe Nutzungsdichte
- Stadtstruktur – gering ausgedehntes Stadtgebiet/ Nutzungskonflikte

Lörrach

Sperrgebietsverordnung – Bauplanungsrecht

planungsrechtliche Zulässigkeit gemäß BauNVO

Bordelle und bordellartige Einrichtungen sind Gewerbebetriebe und deshalb nur zulässig im

→ Gewerbegebiet (GE)
→ Industriegebiet (GI)
→ Kerngebiet (MK)

Terminwohnungen

→ zulässig im Kerngebiet (MK)
→ Einzelfallprüfung im Mischgebiet (MI), Dorfgebiet (MD), urbanes Gebiet (MU)

Wohnungsprostitution

→ nicht zulässig im Gewerbegebiet (GE), Industriegebiet (GI) und reinen Wohngebiet (WR)
→ Einzelfallprüfung im allgemeinen Wohngebiet (WA)

Lörrach

Sperrgebietsverordnung – Wohnungsprostitution

Regel

Wohnungsprostitution zulässig, aber Ausschluss von Terminwohnungen

- Wohnungsprostitution zulässig, wenn die Prostituierte die Wohnung zum Wohnen und gelegentlich zur Ausübung von Prostitution nutzt
- bei räumlicher Konzentration, Lärmbelästigung und anderen Beeinträchtigungen baurechtliche bzw. ordnungsrechtliche Maßnahmen

- nicht zulässig ist Wohnungsprostitution, die eine dauerhafte und regelmäßige, auf Erwerb gerichtete Tätigkeit beinhaltet, bei der die Wohnung zu Zwecken der Prostitution vermietet und angemietet wird (Terminwohnungen)

Begründung

- kein kompletter Ausschluss von Wohnungsprostitution möglich
- räumliche Eingrenzung nicht begründbar

Lörrach

Sperrgebietsverordnung – Kriterien GE-Bewertung

Kriterien für die Zulässigkeit von Bordellen und bordellartigen Einrichtungen in den Gewerbegebieten

- Bebauungspläne mit Ausschluss von Bordellen – Prüfung planungsrechtliche Zulässigkeit

- Schutz der Jugend oder des öffentlichen Anstandes:
  - sensible Einrichtungen (u.a. Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen)

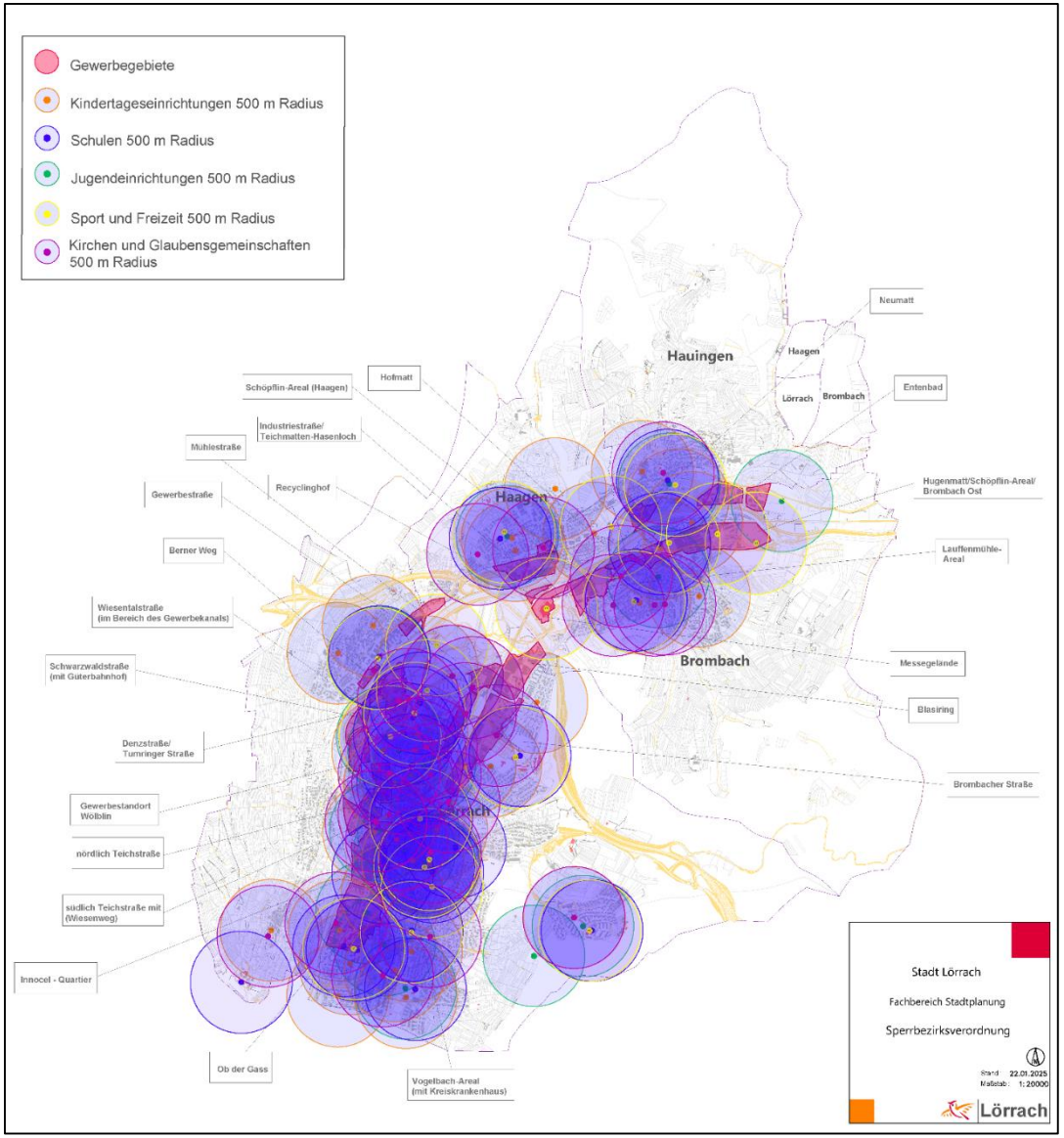
- Städtebauliche Gründe:
  - Gebiet grenzt unmittelbar an Wohnbereiche an, ohne Zäsur
  - Gebiet wird durch Nutzungsstruktur/ spezifisches städtebauliches Konzept/ Ziel dominiert, z.B. Gewerbegebiet für Kleingewerbe und Handwerksbetriebe
  - Gebiet ist durch eine großbetriebliche Nutzung bestimmt

- Ausschluss von Bordellen und bordellartigen Einrichtungen in den z.T. eher dörflich geprägten Ortsteilen Haagen, Hauingen und Brombach und in den Stadtteilen Stetten, Tumringen und Tüllingen, die sich außerhalb der Kernstadt befinden

Alle Lörracher Gewerbegebiete wurden anhand dieser Kriterien geprüft!

Lörrach

Sperrgebietsverordnung – sensible Einrichtungen



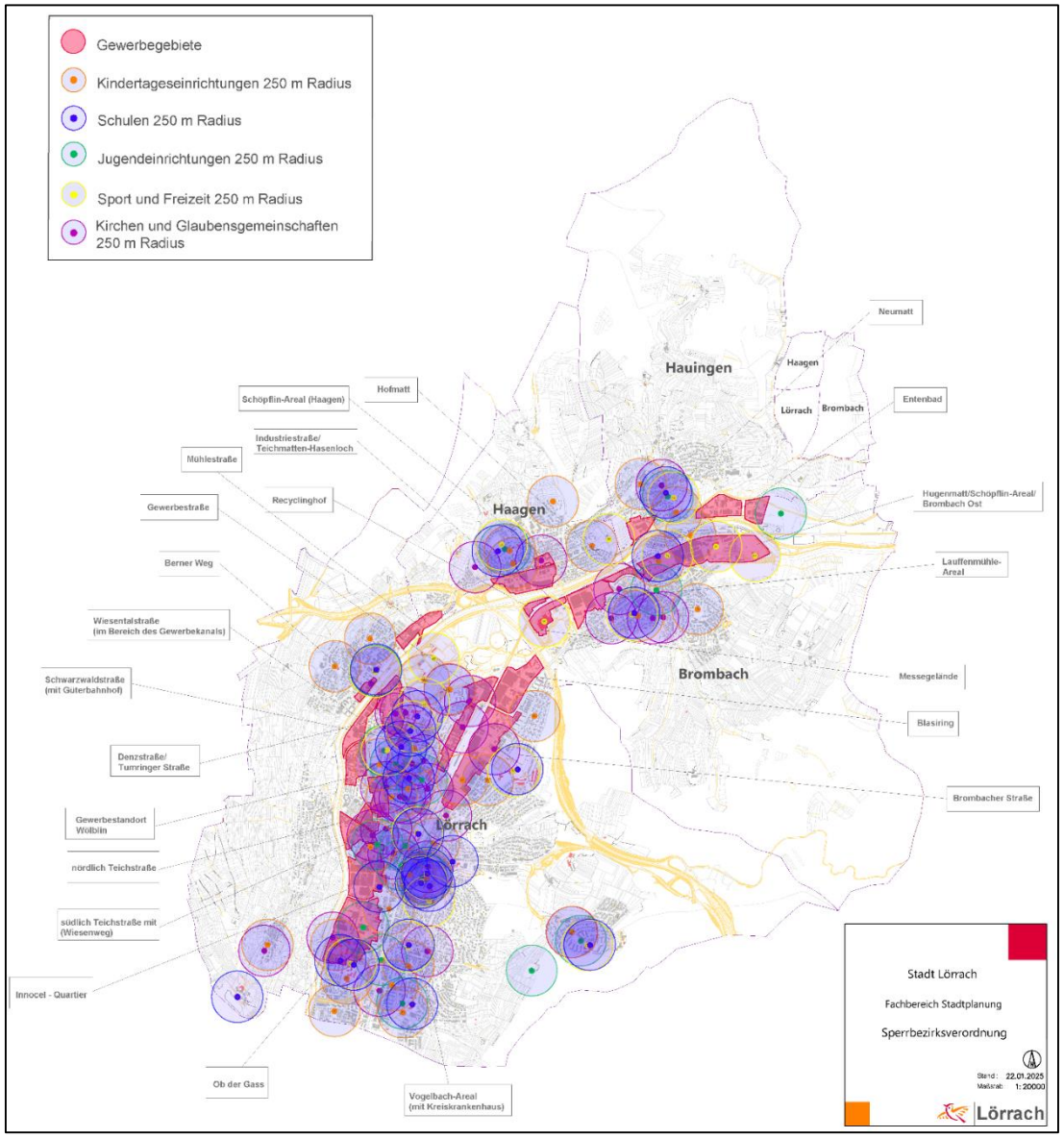
Anlehnung an Abstandsregeln
von Spielhallen
Landesglücksspielgesetz
500-Meter-Abstand

nahezu gesamtes Stadtgebiet
durch 500-Meter-Radien um
sensible Einrichtungen abgedeckt

Totalausschluss von Bordellen und
bordellartigen Einrichtungen
rechtlich nicht zulässig!

Lörrach

Sperrgebietsverordnung – sensible Einrichtungen



Anlehnung an Abstandsregeln von Spielhallen in anderen Bundesländern
250-Meter-Abstand

mehrere Gewerbegebiete nicht oder nur teilweise im Bereich der 250-Meter-Radien

Grundlage für weitere Prüfung der Lörracher Gewerbegebiete

Lörrach

Sperrgebietsverordnung – Beispiel GE Ob der Gass

OB DER GASS		
Allgemeine Fakten	**Gebietsgröße**: 22,3 ha **Anbindung**: Autobahn (4 km), Bundesstraße (direkt), Regionalbahn (0,5 km)	
Kriterien		**Bewertung**
Nutzungsstruktur	• heterogenes Gewerbegebiet - geprägt mit industrieller Nutzung, Einzelhandel, öffentliche und soziale Einrichtungen	• nicht möglich, da im Gebiet z.T. Wohnnutzungen (Teilbereich Mischgebiet) sind und öffentliche sowie soziale Einrichtungen sind
Planungsrecht	**FNP**: G/M/S4 **B-Plan**: teilweise zulässig	• Gewerbegebiet wird durch mehrere B-Pläne geregelt • in den B-Plänen sind Bordelle im GE planungsrechtlich zulässig
Lage im Stadtgebiet	☑ **im Stadt-/oder Ortsteil** ☐ **in der Kernstadt**	• nicht möglich, da das Gewerbegebiet im Stadtteil Stetten liegt
Sensible Einrichtungen	☑ **im 250-Meter-Radius**: Kindertageseinrichtung, Jugendeinrichtung, Schule, Sport- und Freizeit ☑ **im Gewerbegebiet**: Kindertageseinrichtung, Jugendeinrichtung, Schule, Kirche	• nicht möglich, da im Gebiet sowie im 250-Meter-Radius sensible Einrichtungen vorhanden sind

Lörrach

Sperrgebietsverordnung – GE Wiesentalstr./Gewerbekanal

WIESENTALSTRASSE (GEWERBEKANAL)		
Allgemeine Fakten	**Gebietsgröße**: 5,9 ha **Anbindung**: Autobahn (2 km), Bundesstraße (direkt), Regionalbahn (2 km)	
Kriterien		**Bewertung**
Nutzungsstruktur	• heterogene Nutzungsstruktur - Großhandel, Gastronomie, Einzelhandel, Handwerk, Großhandel, Kfz-Handel, Spielhalle, etc.	• vorhandene heterogene Nutzungsstruktur bietet Flexibilität in der Nutzung und Gestaltung des Areals • Standort verfügt über eine gute verkehrliche Anbindung, die eine einfache Erreichbarkeit ermöglicht • Wiesentalstraße (Bundesstraße) als Hauptverkehrsachse entlang der Wiese - hohes Verkehrsaufkommen, geringer Fußgängerverkehr • starke Trennwirkung durch Gewerbekanal: Zäsur zur Wohnnutzung vorhanden
Planungsrecht	**FNP**: G **B-Plan**: zulässig	• im B-Plan „Wiesentalstraße/ Gewerbekanal" sind Bordelle planungsrechtlich zulässig
Lage im Stadtgebiet	☐ **im Stadt-/oder Ortsteil** ☑ **in der Kernstadt**	• **möglich**, da das Gewerbegebiet in der Kernstadt liegt
Sensible Einrichtungen	☑ **im 250-Meter-Radius**: Kindertageseinrichtung, Schule, Sport und Freizeit, Kirchen ☐ **im Gewerbegebiet**: keine	• **möglich** für ein Bordell, da im 250-Meter-Radius nur sehr kleine Bereiche an den Rändern des Gebiets tangiert werden (starke Trennwirkung durch den Fluss Wiese und die Bundestraße); sensible Einrichtungen auf gegenüberliegender Seite der Wiese • **möglich**, da im Gebiet keine sensiblen Einrichtungen vorhanden sind

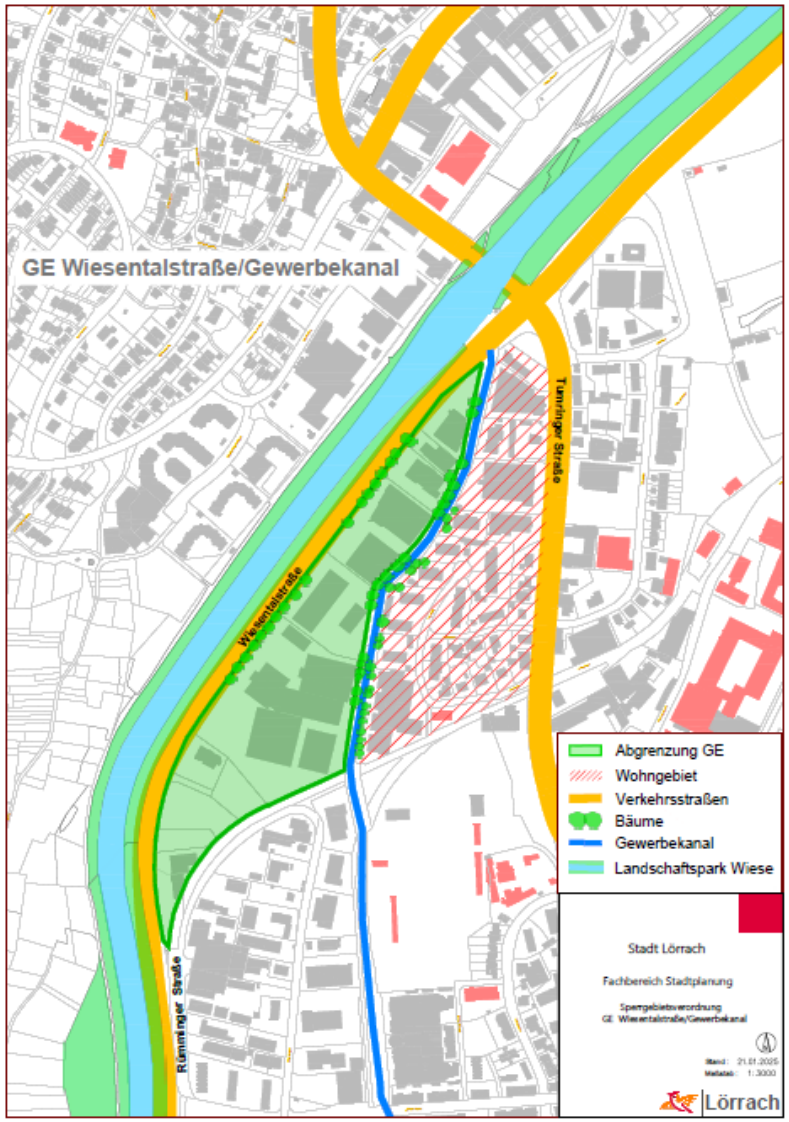
Lörrach

Sperrgebietsverordnung – GE Blasiring

BLASIRING		
Allgemeine Fakten	**Gebietsgröße**: 12,5 ha **Anbindung**: Autobahn (2 km), Bundesstraße (1,5 km), Regionalbahn (0,2 km)	
Kriterien		**Bewertung**
Nutzungsstruktur	• heterogene gewerbliche Nutzung, die durch Gewerbe- und Industriebetriebe sowie Handels- und Dienstleistungsbetriebe geprägt ist • Standort Landespolizei am nördlichen Rand • nördlicher Bereich durch autokundenorientierten Einzelhandel geprägt	• geeignet, Standort verfügt über eine gute verkehrliche Anbindung, die eine einfache Erreichbarkeit ermöglicht • geeignet, starke Trennwirkung durch die Brombacher Straße: Zäsur zur umliegenden Wohnnutzung vorhanden
Planungsrecht	**FNP**: G/S4/PZ **B-Plan**: zulässig	• Gewerbegebiet wird durch B-Pläne „St. Bläsi Matt", „Bei den vier Bretter", „Blasiring/Bärenfelserstraße Änderung I", geregelt • im B-Plan „Blasiring/Bärenfelserstraße Änderung I" sind Bordelle planungsrechtlich im GE zulässig
Lage im Stadtgebiet	☐ **im Stadt-/oder Ortsteil** ☑ **in der Kernstadt**	• **möglich**, da das Gewerbegebiet in der Kernstadt liegt
Sensible Einrichtungen	☑ **im 250-Meter-Radius**: Kindertageseinrichtung und Kirche ☐ **im Gewerbegebiet**: keine	• **möglich**, da der 250-Meter-Radius um sensible Einrichtungen das Gebiet nur an den äußersten Rändern tangiert

Lörrach

Sperrgebietsverordnung – Toleranzzone für Bordelle

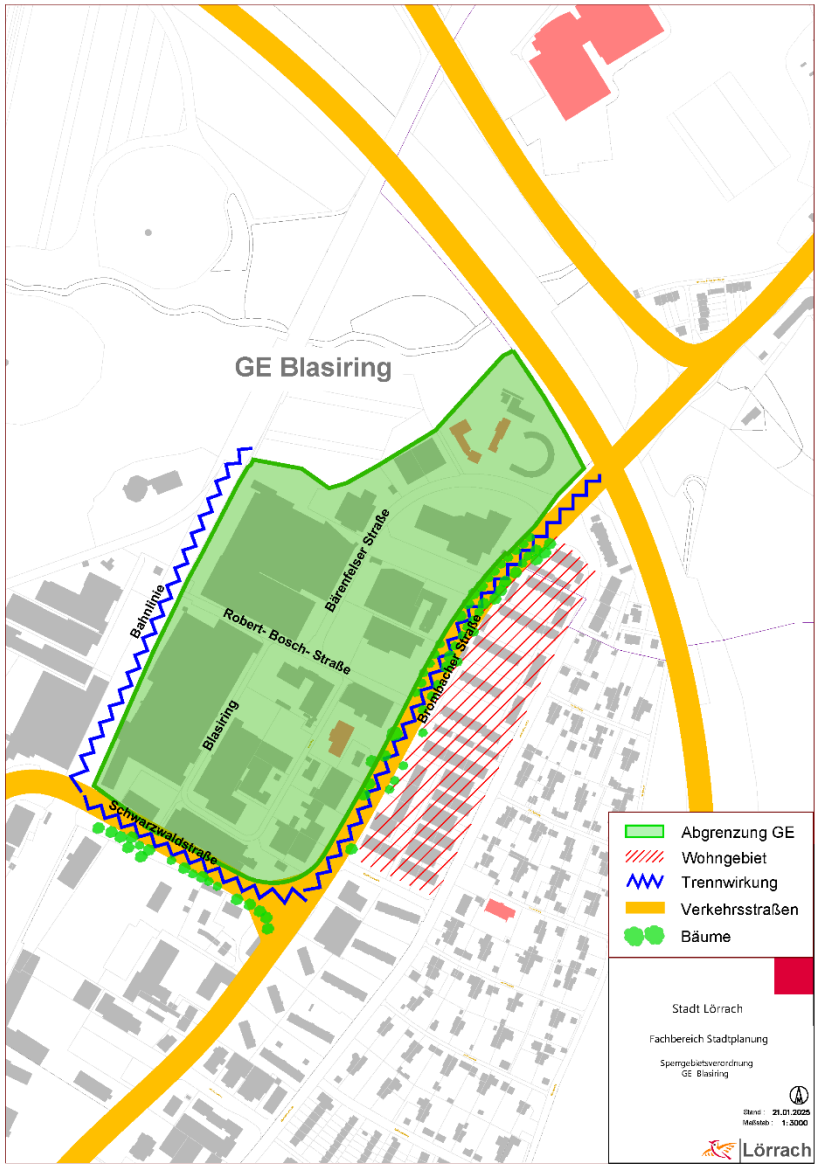


GE Wiesentalstraße als Toleranzzone für Bordelle und bordellartige Einrichtungen (Priorität 1)

- Trennwirkung Wiesentalstraße und Gewerbekanal
- keine sensiblen Einrichtungen im Gebiet und im unmittelbaren Umfeld
- heterogene Nutzungsstruktur
- planungsrechtlich Bordelle zulässig

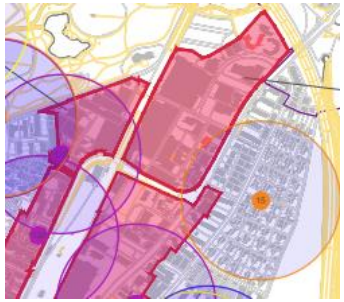
Lörrach

Sperrgebietsverordnung – Toleranzzone für Bordelle



GE Blasiring als Toleranzzone für Bordelle und bordellartige Einrichtungen (Priorität 2)

- Trennwirkung Brombacher Straße und Schwarzwaldstraße
- keine sensiblen Einrichtungen in unmittelbarer Nähe
- heterogene Nutzungsstruktur
- planungsrechtlich Bordelle überwiegend zulässig



Lörrach

Sperrgebietsverordnung – Wohnungsprostitution

Regel

- **Bordelle und bordellartige Einrichtungen nur im GE Wiesentalstraße/ Gewerbekanal (Priorität 1) und im GE Blasiring (Priorität 2) zulässig**
- **insgesamt max. 2 Bordelle zulässig mit max. 12 Betten pro Bordell, max. ein Bordell pro GE**

Begründung

- Auswahl GE auf Grund Kriterien (siehe Tabelle)
- Begrenzung der Anzahl der Bordelle und Betten in Anlehnung an Regelung in Freiburg (ca. 1 Bett pro 2.000 Einwohner)
- Ausschluss im Kerngebiet und Mischgebieten auf Grund Wohnnutzungen

Lörrach

Sperrgebietsverordnung – Konzept

Konzept als Grundlage für die Sperrgebietsverordnung

- gesamtstädtischer Ausschluss von Straßenprostitution (Stadtgröße, Grenzlage, Topographie und Stadtstruktur)

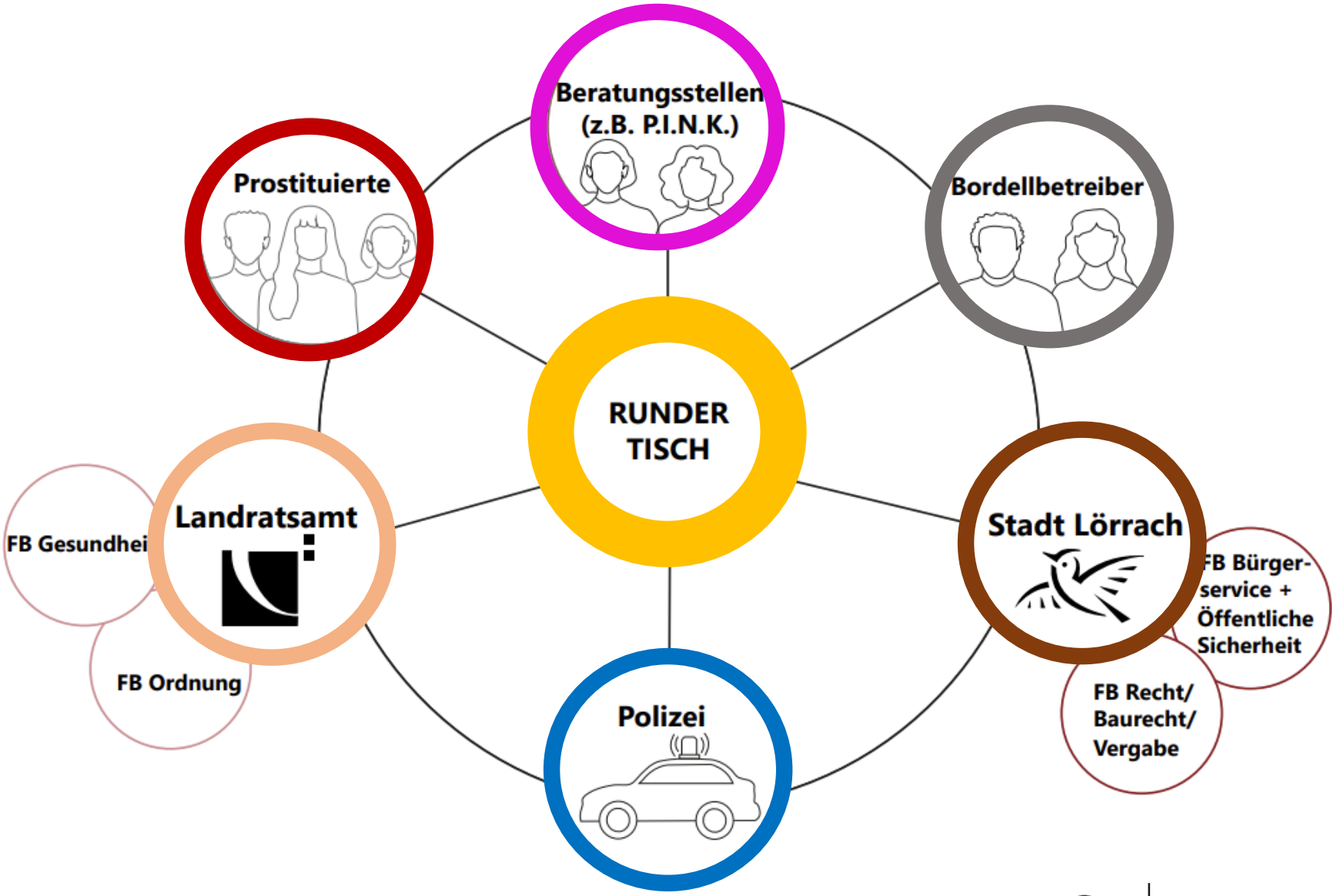
- Bordelle und bordellartige Einrichtungen nur zulässig in:
  - Gewerbegebiet Wiesentalstraße/ Gewerbekanal (1. Priorität)
  - Gewerbegebiet Blasiring (2. Priorität)
  - insgesamt max. 2 Bordelle mit max. 12 Betten pro Bordell
  - Ausschluss in allen übrigen GE - siehe Begründung Tabelle
  - Ausschluss im Kerngebiet (Innenstadt) auf Grund Wohnnutzungen

- Wohnungsprostitution (Terminwohnung) – Ausschluss im gesamten Stadtgebiet

- Wohnungsprostitution (dauerhafte Wohnnutzung durch Prostituierte und Ausübung von Prostitution) zulässig

- Prävention durch Einrichtung Runder Tisch, Beratung, frühzeitiges Handeln der Polizei und bauordnungsrechtliche Maßnahmen

Sperrgebietsverordnung – Runder Tisch



Lörrach

Sperrgebietsverordnung – Weiteres Vorgehen

1. Vorstellung & Information
- Präsentation in den politischen Gremien

2. Vorlage beim Regierungspräsidium Freiburg
- Einreichung des Konzeptentwurfs

3. Prüfung durch das Regierungspräsidium
- Überprüfung des Entwurfs, insbesondere unter rechtlichen Gesichtspunkten

4. Erlass der Sperrgebietsverordnung
- Falls keine weiteren Anpassungen nötig sind, erfolgt der Erlass durch das Regierungspräsidium Freiburg.

Lörrach

Vielen Dank!

Informationen zur Sperrgebietsverordnung finden Sie unter folgendem Link:
www.loerrach.de/Sperrgebietsverordnung